



NIEDERSACHSEN vorwärts

MAI 2007 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

die Nichtraucherschutz-Posse der vergangenen Wochen bringt es ans Licht: Christian Wulff ist ein Umfaller! So titelte unlängst eine Zeitung zur Kehrtwende des Ministerpräsidenten: »CDU serviert jetzt Kekse statt Kippen«. Und im Gästebuch der niedersächsischen Staatskanzlei schlägt ein erboster Bürger vor, man könne ja auch Kampfhunde auffällig mit einem »K« kennzeichnen und dann beruhigt auf den Spielplatz schicken – schließlich spielen die Kinder ja freiwillig dort. Die Gemüter kochen hoch, wenn unser Ministerpräsident Politik macht! Na, immerhin weiß Wulff, wann er auf verlorenem Posten steht und entschuldigt sich. Brav!

Solange sich Wulff selbst demontiert, präsentieren wir wieder eine prall gefüllte vorwärts-Ausgabe und stellen euch den ersten Schwung SPD-Kandidatinnen und Kandidaten vor. Außerdem berichten wir über zahlreiche Veranstaltungen, wie unser Forum »Perspektiven der Maritimen Wirtschaft«, zu dem wir Bundesverkehrsminister Tiefensee gewinnen konnten.

Volle Fahrt Voraus!

Euer

Garrelt Duin

DEUTSCHLAND IST REICH GENUG FÜR MINDESTLÖHNE

Für Sozialdemokraten gilt: Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Der NIEDERSACHSEN-vorwärts sprach mit Wolfgang Jüttner über Mindestlöhne.

Deutschland ist ein reiches Land und dennoch arbeiten viele Menschen für Hungerlöhne. Wie sieht die Situation aktuell aus?

Etwa 2,5 Millionen Beschäftigte arbeiten für Löhne, die weniger als 50% des Durchschnittslohnes betragen, und damit für sogenannte Armutslöhne. Hinzu kommen weitere acht Millionen Erwerbstätige in prekären Einkommenssituationen.

Armutslöhne werden nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern gezahlt, inzwischen haben sich auch tariflich vereinbarte Löhne entwickelt, deren

Armutslöhnen im Tarifvertrag zu verhindern. Dem muss entgegengewirkt werden...

...und da sollte der Gesetzgeber einschreiten?

Sollte er. Die Entwicklung zeigt, dass an der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes kein Weg vorbei führt. Die Erfahrungen aus vielen europäischen Staaten zeigen, dass sich das Instrument des Mindestlohnes bewährt. Bei der Frage eines menschenwürdigen Arbeitseinkommens kommen wir um eine gesetzliche Mindestfestlegung nicht herum.

» Jeder mit einem Vollzeitjob muss von seiner Arbeit auch menschenwürdig leben können.«

Wolfgang Jüttner



Bruttostundenlohn zwischen drei und sechs Euro liegt.

Wo ist das der Fall?

In einigen Tarifbereichen von ver.di und NGG ist diese Entwicklung zu beobachten und wird in dieser Form auch von diesen Gewerkschaften anerkannt. Sie sind aufgrund ihrer schwindenden Organisationskraft in bestimmten Tarifbereichen nicht mehr in der Lage, die Festschreibung von Löhnen in Höhe von

Gelegentlich wird die Forderung nach Mindestlöhnen als Eingriff in die Tarifautonomie dargestellt. Ist das so?

Die Tarifautonomie wäre von einem solchen Schritt nicht betroffen. Der gesetzliche Mindestlohn fände Anwendung in Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder diese nicht gelten und für Branchen, wo die Tarifentgelte das festgelegte Mindestniveau unterschreiten.

Fortsetzung auf Seite 2

»ICH STEHE FÜR...«

Auf den Seiten 4 und 5 stellen sich die ersten 29 von insgesamt 87 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl 2008 vor.

Niedersachse gerechter.



Wolfgang Jüttner
SPD-Fraktionsvorsitzender

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Gewerkschaften und SPD sprechen sich seit Jahren für gerechte Löhne aus. Nun kommt ein sogenannter Wirtschaftsweiser daher und fordert die Absenkung von Niedriglöhnen auf unter drei Euro. Was ist davon zu halten?

Eine Person mit solch abstrusen Vorstellungen ist alles andere als weise. Er sollte gefeuert werden! Wir brauchen in Deutschland einen Mindestlohn, weil

wir im globalen Kostenwettbewerb chancenlos sind. Wir sind nur zukunftsfähig, wenn wir uns in einem Qualitätswettbewerb behaupten. Das heißt aber zwingend, dass diejenigen, die für die Qualität sorgen, in Deutschland auch angemessen leben können.

Unser Land ist reich genug, und die Würde des Menschen ist im Grundgesetz in Artikel I hinreichend beschrie-

ben. Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe der Politik. Mindestlöhne sind daher eine Konsequenz aus Artikel I des Grundgesetzes.

Einen Punkt möchte ich aber betonen: Der Mindestlohn ist nicht die Lösung aller Probleme. Aber er leistet einen Beitrag zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. ■

60 JAHRE DEMOKRATISCHES NIEDERSACHSEN



Mit drei Großveranstaltungen feierte die Friedrich Ebert-Stiftung den 60. Geburtstag des Landes Niedersachsen. In Hannover erinnerte dabei der frühere Landwirtschaftsminister Klaus-Peter Bruns an die führende Rolle der SPD. »Von Anfang an waren die Sozialdemokraten die treibende Kraft bei der Schaffung einer demokratischen Ordnung im Staat und in den Gemeinden.« Bruns lobte vor allem die Rolle von Hinrich-Wilhelm Kopf, der die britische Militärregierung von Niedersachsen überzeugen konnte. ■

Überzeugend kraftvoll auch mit fast 94 Jahren: Niedersachsens früherer Landwirtschaftsminister Klaus-Peter Bruns mit wegweisender Haltung

Photo: Daniel Wrede

NAZIS VERHINDERN!

Die NPD plant am 1. Mai eine Großkundgebung in Vechta. Die Vechtaer SPD hat frühzeitig eine Gegendemonstration für diesen Tag angemeldet. Zusammen mit anderen Verbänden und den Kirchen haben wir uns zum Bündnis »Bunt statt Braun« zusammengeschlossen, mit dem Ziel, den Aufmarsch der Nazis zu verhindern. Unsere Gegenveranstaltung beginnt am 1. Mai um 10.30 Uhr in der Stadtmitte von Vechta.

Wir rufen alle Genossinnen und Genossen auf, an diesem Tag Flagge zu zeigen!

Kristina Stuntebeck
SPD-Unterbezirkvorsitzende

WÖLFE IM SCHAFSPELZ ERKENNEN

Im Rahmen des Forums »Rechtsextremismus in Niedersachsen« wurden in Delmenhorst Strategien gegen braune Umtriebe diskutiert.

Von Gerhard Riewe

Rechtsextreme können heute nicht mehr ohne weiteres an Glatze und Springerstiefeln erkannt werden. Darauf wies der Rechtsextremismusexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Niels Annen, im Rahmen des Forums »Rechtsextremismus in Niedersachsen« am 12. April in Delmenhorst hin. »Wir müssen sehr genau hinschauen, um die Wöl-

fe im Schafspelz zu erkennen«, so Annen. Dass dies insbesondere zu einer Gefährdung junger Leute führt, erläuterte der Juso-Landesvorsitzende Wiard Siebels.

Die freie Journalistin Andrea Röpke kritisierte in diesem Zusammenhang die Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung durch die CDU-Lan-

desregierung. Röpke warnte vor 31 rechtsextremen Mandatsträgern in Kommunalparlamenten in Niedersachsen. Hier finde eine durch öffentliche Kassen finanzierte Professionalisierung statt. Dies sei in Sachsen dem Einzug der NPD in den Landtag vorausgegangen.

Dass die Gesellschaft braunen Umtrieben nicht hilflos gegenüber stehen muss, erläuterte die Landtagsabgeordnete Swantje Hartmann am Beispiel ihres Wahlkreises Delmenhorst. Hier hatte im vergangenen Jahr der Rechtsanwalt Jürgen Rieger versucht, das »Hotel am Stadtpark« zu kaufen und in ein Schulungszentrum für Rechtsextreme umzuwandeln. Eine Bürgerinitiative hatte daraufhin 20.000 Unterschriften und eine Million Euro gesammelt und letztlich zusammen mit der Stadt das Hotel erworben.

Diese Erfahrungen müssen weitergegeben werden. Daher war die Veranstaltung ein guter Auftakt für ein Netzwerk gegen Rechts, erklärte Swantje Hartmann zum Abschluss des Forums. ■



Niels Annen (z.v.l.) im Gespräch mit Margit Wetzel, Wiard Siebels, Andrea Röpke, und Swantje Hartmann

ZEHN GUTE GRÜNDE, SPD ZU WÄHLEN

Sozialdemokratische Innenpolitik ist mit Sicherheit besser für Niedersachsen als die vielfach gescheiterten populistischen Vorhaben der Regierung des Herrn Wulff.

Von Heiner Bartling

Kein Thema ist zu absurd, um nicht vom amtierenden CDU-Innenminister aufgegriffen zu werden: Heimliche Online-Durchsuchungen privater Computer, zentrale Dateien mit biometrischen Personalausweis-Daten, Fußfesseln, Hilfspolizei – diese Aufzählung ließe sich nahezu endlos fortsetzen.

Kein Wunder, dass die Regierung Wulff mit ihrem Polizeigesetz vor dem Bundesverfassungsgericht bereits kläglich gescheitert ist – die von CDU und FDP beschlossene präventive Telefonüberwachung wurde für verfassungswidrig und nichtig erklärt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine konsequente Sicherheitspolitik mit Augenmaß, die den Rechtsstaat nicht aushöhlt.

ZEHN GUTE GRÜNDE, UM BEI DER NÄCHSTEN LANDTAGSWAHL SPD ZU WÄHLEN:

Wir sorgen für Sicherheit. Dafür gewährleisten wir eine motivierte, gut ausgerüstete und gut organisierte Polizei sowie eine funktionierende Justiz. Polizei und Justiz müssen endlich wieder Rückendeckung durch die Politik bekommen. Dafür stehen wir.

Wir wollen wieder eine moderne Bürgerpolizei. Wir hatten in Folge der SPD-Polizeireform eine moderne Bürgerpolizei, die für die Anliegen der Menschen offen, aber auch in der Binnenstruktur demokratisch ausgerichtet war. Jetzt stehen an der Spitze der Polizeidirektionen politische Beamte, die jederzeit abberufen werden können und die sich daher scheuen, dem Innenminister unangenehme Wahrheiten zu präsentieren.

Wir stärken die Polizei vor Ort. CDU und FDP haben die Polizei in den vergangenen Jahren stark zentralisiert. Das Resultat sind erhebliche Reibungsverluste: Einsatzbeamte vor Ort müssen häufig stundenlang auf spezialisierte Kräfte aus der Zentrale warten – um Sachverhalte zu bearbeiten, die von Einsatz- und Streifendienst zuvor mit ebenso großem Erfolg abgearbeitet worden sind. Wir werden die Zuständigkeiten mit dem



»IM« Schönemann goes online – er ist schließlich »Innen«minister

Ziel überprüfen, die Polizei vor Ort besser und effizienter einzusetzen.

Wir setzen auf solide Polizeiarbeit. Allein zwischen 1994 und 2002 konnte die Aufklärungsquote in Niedersachsen um 10 Prozentpunkte gesteigert werden. Erfolgsgarant war die Fachhochschulausbildung der Polizei. Wir werden die Ausbildung der Polizei auf diesem Niveau halten und durch regelmäßige Fortbildung dafür sorgen, dass die Qualität der Polizeiarbeit nicht leidet. Mit Hilfspolizisten in Form von Bürgerstreifen wird Sicherheit lediglich vorge täuscht.

Wir werden auch dafür sorgen, dass der Polizei die Ortskenntnis nicht abhanden kommt. CDU und FDP wollen die Leitstellen zentralisieren. Polizeiliche Notrufe werden nicht mehr bei der Dienststelle vor Ort, sondern bei einer weit entfernten anonymen Zentrale eingehen. Dies schafft Sicherheitsrisiken, weil wichtige Ortskenntnis in diesen anonymen Telefonzentralen nicht vorhanden ist.

Wir schützen vor Kriminalität und Gewalt von Anfang an. Ewiges »Law & Order«-Gepolter weckt Ängste und schürt subjektive Unsicherheit. Wir meinen, dass die Prävention, also die Verhinderung von Straftaten, endlich wieder oberste Priorität bekommen muss.

Wirtschafts- und Internetkrimina-

lität muss besser bekämpft werden.

Wir werden einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität legen und durch eine angemessene personelle Ausstattung der Strafjustiz dafür sorgen, dass bei komplizierten Verfahren nicht mehr wegen Arbeitsüberlastung „gedeckt“ werden muss.

Niedersachsen muss sich stärker im Katastrophenschutz engagieren. Zwischen 2003 und 2007 wurden die Ausgaben im Haushaltstitel »Katastrophenschutz« nahezu halbiert. Wir werden durch eine angemessene Ausstattung dafür sorgen, dass der Katastrophenschutz leistungsfähig ist und attraktiv für ehrenamtliches Engagement bleibt.

Mehr Rechte für die Bürgerinnen und Bürger. Für uns gilt: Rechtsschutz nicht nur für Reiche. Wir werden daher effektiven und kostengünstigen Rechtsschutz gegen Verwaltungsentscheidungen schaffen und das unbürokratische Widerspruchsverfahren wieder einführen.

Wir werden den Rechtsextremismus konsequent bekämpfen. Hier muss konsequent gegengesteuert werden. Dazu gehört die Schaffung eines zentralen Ansprechpartners zur Beratung von Bürgern und Kommunen. Wir werden das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wieder nachdrücklich vorantreiben.



Heiner Bartling

» Polizei und Justiz müssen endlich wieder Rückendeckung durch die Politik bekommen. «

Heiner Bartling

» Wir stehen für eine konsequente Sicherheitspolitik mit Augenmaß, die den Rechtsstaat nicht aushöhlt. «

Heiner Bartling

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
 Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
 Redaktion: Lothar Pollähne,
 Katrin Reich, Dunja Rose
 Anschrift: Odeonstraße 15/16
 30159 Hannover
 E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
 Layout & Satz: Anette Gilke
 mail@AnetteGilke.de

WIR MACHEN NIEDERSACHSEN GERECHTER SPD-KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN ZUR LANDTAGSWAHL 2008

Hier sind sie: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl in Niedersachsen am 27. Januar 2008. Die Wahlkreis Konferenzen in den 87 Landtagswahlkreisen sind so gut wie abgeschlossen und wir möchten Euch in loser Reihenfolge alle Nominierten vorstellen. Die ersten 29 in dieser Ausgabe. In der Juni- und Juli-Ausgabe folgen Teil zwei und drei.



Hans Ahrens
WK 30 – Burgdorf/
Lehrte/Uetze
»Wer sich für zu wichtig hält für kleine Aufgaben, ist zu klein für wichtige Aufgaben.«
www.hans-ahrens.de



Heinrich Aller
WK 34 – Barsinghausen
»Erfolg ist machbar: Wir haben die besseren Alternativen für Bildung, Wirtschaft, Arbeit und Umwelt. Wir wollen, dass es in unserem Land gerechter zugeht – »niedersachsen-gerechter« eben.«
www.heinrich-aller.de



Dr. Gabriele Andretta
WK 17 – Göttingen-Stadt
»Ich stehe für gleiche Bildungschancen von Anfang an. Auch an den Toren unserer Hochschulen dürfen sie nicht enden, deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung Studiengebühren wieder abschaffen!«
www.gabriele-andretta.de



Ralf Borngräber
WK 53 – Rotenburg
»Politik lebt von Ideen und von den Personen, die diese Ideen verkörpern! Vor allem lebt sie aber vom steten Wechsel der Macht!«
www.ralf-borngraeber.de



Markus Brinkmann
WK 22 – Sarstedt/
Bad Salzdetfurth
»Mehr Bildungsgerechtigkeit, weg mit der »sozialen Kälte«, die die CDU in Niedersachsen geschaffen hat.«
www.ma-brinkmann.de



Gerard-Otto Dyck
WK 61 – Verden
»Ich stehe für eine gerechte Verteilung der Bildungschancen. Das bedeutet eine möglichst lange, gemeinsame Schulzeit und eine verbindliche Ganztagschule in allen Schulformen.«
www.spd-verden.de



Björn Gehrs
WK 43 – Walsrode
»Rot ist die Heide am schönsten! Ich stehe für eine bürgernahe Politik, die die Chancen vor Ort und für Niedersachsen nutzt.«
www.gehrs.de



Alice Grasztat
WK 77 – Osnabrück-Ost
»Ich stehe für klare Konzepte und Bürgernähe.«
www.alice-grasztat.de



Ursula Groskurt
WK 78 – Osnabrück-West
»Ich stehe für soziale Gerechtigkeit.«
www.ulla-groskurt.de



Hans-Dieter Haase
WK 85 – Emden/Norden
»Eine ökologische Industriepolitik ist meine Antwort auf den scheinbaren Widerspruch zwischen einer erfolgreichen Wirtschaft und den Fragen von Klima, Energie und Umwelt. Eine Chance für alle Regionen in unserem Land!«
www.hans-dieter-haase.info



Swantje Hartmann
WK 65 – Delmenhorst
»Ich stehe für ein innovatives, investitionsfreundliches Niedersachsen, damit die Menschen in unserem Bundesland mehr Chancen auf Arbeit haben.«
www.swantje-hartmann.de



Remmer Hein
WK 83 – Leer
»Unser Konzept für eine bessere Bildungspolitik ist mir besonders wichtig, denn es kann nicht angehen, dass die Herkunft von Kindern maßgeblich über deren Zukunft entscheidet.«
www.remmer-hein.de (im Aufbau)



Holger Heymann
WK 87 – Wittmund/Inseln
»Ich stehe für den Generationswechsel in Niedersachsen«
www.holger-heyman.de (im Aufbau)



Dr. Tim Jesgarzewski
WK 60 – Osterholz
»Jeder muß entsprechend seiner Begabung gefördert werden – nicht nach dem Inhalt des Geldbeutels seiner Eltern.«
www.tim-jesgarzewski.de



Wolfgang Jüttner
WK 26 – Hannover-Linden
»Ich stehe für eine niedersächsigere Politik: Ich will Bildung und Qualifizierung zu einem Schwerpunkt machen. Ich will die niedersächsische Wirtschaft ankurbeln. Und ich will, dass Kinderschutz und die Förderung von Kindergesundheit weitere Schwerpunkte der Landespolitik werden.«
www.wolfgang-juettner.de



Franz-Josef Kamp
WK 48 – Elbe
»Meinen Schwerpunkt sehe ich zum einen in der Verbesserung des Bildungsangebotes und der Bildungschancen im ländlichen Bereich und zum anderen müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Wahlkreis optimiert werden, damit ein nachhaltiger Aufschwung möglich wird.«
www.FranzJosefKamp.de



Paul Krause
WK 35 – Springe
»Ich stehe für eine Landespolitik, die unsere Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger stärkt und unterstützt.«
www.paul-krause.de
(im Aufbau)



Daniela Krause-Behrens
WK 59 – Unterweser
»Ich kämpfe für Chancengerechtigkeit und gegen die sozialpolitische Eiszeit der jetzigen Landesregierung. Sozial- und Bildungspolitik liegen mir am Herzen.«
www.krause-behrens.de



Manfred Kuhlmann
WK 15 – Duderstadt
»Ich stehe für eine Verbesserung des Bildungsangebotes und der Chancengleichheit: Mehr Krippenplätze, eine Ausweitung des Gesamtschul- und Ganztagsangebotes sowie ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendliche.«
www.manfred-kuhlmann.de
(im Aufbau)



Günter Lenz
WK 31 – Langenhagen
»Ich will mich dafür einsetzen, dass der Mensch bei der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes im Mittelpunkt steht. Dafür stehe ich als aktiver Arbeitnehmervertreter.«
www.spd-landtag-nds.de



Sigrid Leuschner
WK 24 – Hannover-Döhren
»Ich stehe für soziale Gerechtigkeit, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Handicaps, für Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, für Frühförderung und die Abschaffung des gegliederten Schulsystems.«
www.sigrid-leuschner.de



Jutta Rübke
WK 21 – Hildesheim
»Ich stehe für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz.«
www.jutta-ruebke.de



Norbert Schmidt
WK 69 – Wilhelmshaven
»Ich stehe für die Ansiedlung der Großindustrie am seeschifftiefen Fahrwasser meiner Heimatstadt Wilhelmshaven. Bei all meinen Aktivitäten steht der Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen im Vordergrund.«
www.spd-wilhelmshaven.de



Ronald Schminke
WK 16 – Göttingen/Münden
»Sozial und gerecht muss es zugehen. Arbeitnehmer wollen gerechte Löhne und keine Almosen!«
www.ronald-schminke.de
(im Aufbau)



Silva Seeler
WK 52 – Buchholz
»Ich stehe für eine Politik, die sich um jedes Kind kümmert und ihm optimale Bildungschancen bietet.«
www.spd-silva-seeler.de



Kristina Stuntebeck
WK 68 – Vechta
»Ich stehe für SPD-Politik in Vechta und umzu!«
www.spd-vechta.net



Petra Tiemann
WK 56 – Stade
»Ich stehe für ein gerechtes, sozialdemokratisches Niedersachsen.«
www.petra-tiemann.de
(im Aufbau)



Ulrich Watermann
WK 36 – Bad Pyrmont
»Meine politischen Ziele sind: Politik für und mit den Menschen meiner Heimat zu machen, und endlich allen beste Chancen in Bildung und Arbeit ermöglichen.«
www.ulrich-watermann.de



Wolfgang Wulf, MdL
WK 62 Stadt – Oldenburg-Mitte/Süd
»Ich stehe für ein soziales Niedersachsen, in dem Bildung für alle vorangetrieben wird, und Gerechtigkeit kein Fremdwort mehr ist!«
www.mdl-wolfgang-wulf.de

HERAUS ZUM 1. MAI

So viel Prominenz ist selten. Hauptredner in Wolfsburg ist **Wolfgang Jüttner** und in Lehrte ist SPD-Generalsekretär **Hubertus Heil** zu Gast. Der DGB-Landesvorsitzende **Hartmut Tölle** besucht Osterode. In Alfeld spricht der IG BCE-Vorsitzende **Hubertus Schmoldt**, in Braunschweig der **Vorsitzende der IG BAU, Klaus Wiesehügel**, in Bremen der Vorsitzende der GdP, **Konrad Freiberg**, in Bremerhaven der GEW-Vorsitzende **Ulrich Thöne**, in Hannover der Transnet-Vorsitzende **Norbert Hansen** und in Lüneburg der Vorsitzende der NGG, **Franz-Josef Möllenberg**.

SCHIENEN IN DIE ZUKUNFT

Von **Norbert Hansen**,
Vorsitzender der Gewerkschaft Transnet



Hauptredner der Maikundgebung in Hannover: Der Vorsitzende der Gewerkschaft Transnet, Norbert Hansen

Deutschland braucht eine Gesamtverkehrsreform. Spätestens jetzt, nach der Veröffentlichung des Weltklimaberichtes der UNO, ist ein Weiterwursteln in der Verkehrspolitik nicht mehr möglich. Die Schiene weist die günstigste Ökobilanz aller Verkehrsträger auf. Daraus müssen jetzt politische Schlüsse gezogen werden.

Die Bahnen tun bereits das ihre, um Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Auf immer mehr Strecken sind sie zu einem echten Herausforderer des Luftverkehrs und des motorisierten Individualverkehrs geworden.

Aber auch die Politik muss ihre Möglichkeiten ausschöpfen. Die Kürzung von Regionalisierungsmitteln für den Nahverkehr ist dabei kontraproduktiv. Der öffentliche Personennahverkehr muss weiter gefördert werden. Allerdings brauchen wir eine Zweckbindung der Mittel und mit ihr einen Verwendungsnachweis der Bundesländer. Es muss zudem überprüft werden, ob es sinnvoll ist, Straßen oder Flugkapazitäten parallel zur Bahn auszubauen – oder ob nicht die bestehenden Bahnverbindungen optimiert werden sollten. Die Investitionen in den Transrapid beispielsweise sind deswegen versenktes Geld. Eine Express-S-Bahn könnte mit geringerem Investitionsaufwand mehr Verkehr generieren.

Vor allem aber müssen die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern beseitigt werden. Die Lkw-Maut z.B. ist im Ansatz richtig. Doch ist sie zu gering angesetzt und bietet zu viele Ausweichmöglichkeiten. Ein echter Verlagerungseffekt kann so nicht erzielt werden. TRANSNET fordert deshalb eine Erhöhung der Lkw-Maut und eine Ausweitung auf Bundesstraßen.

Ebenso muss die Steuerfrage endlich angegangen werden. Wer von Berlin nach München mit der Bahn fährt, bezahlt dafür Mehrwert- und Ökosteuern. Ein Flug auf derselben Strecke ist von beidem befreit. Diese Steuerbefreiung stammt aus den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts und sollte die damals aufstrebende Branche Luftverkehr unterstützen. Doch daraus ist längst eine versteckte Subvention geworden. Damit muss Schluss sein. Erst faire und transparente Wettbewerbsbedingungen ermöglichen es der Schiene, ihre Vorteile auch auszuspielen. ■

DER AUSBAU DER HÄFEN IST EINE NATIONALE AUFGABE

Fachleute diskutierten beim SPD-Forum »Perspektiven der Maritimen Wirtschaft« mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee

Von Tatjana Talic und Georg Große-Löscher

Die Maritime Wirtschaft ist ein wichtiger Wachstumszweig in Niedersachsen, der weit über die Küstenregion hinaus von großer Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund fand Anfang April auf Einladung des SPD-Landesverbandes Niedersachsen das Forum »Perspektiven der Maritimen Wirtschaft« in Emden statt.

Gemeinsam mit Gästen aus Wirtschaft und Politik diskutierte der Landesvorsitzende Garrelt Duin über die Zukunft dieses Wirtschaftszweiges. Er forderte, dass »Niedersachsen ein Land werden soll, indem die Wirtschaft ihre Zelte aufstellt.«

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung betonte den großen Anteil der Maritimen Wirtschaft am Aufschwung Deutschlands. »Neunzig Prozent des deutschen Exports werden über den Seeweg abgewickelt«, untermauerte der Minister seine Aussage. Zukünftig spiele hier der JadeWeserPort eine wichtige Rolle, »ermöglicht er es doch als Tiefwasserhafen, in direkte Konkurrenz zu Rotterdam zu treten«, so Tiefensee. Daher sei der Ausbau der Häfen eine national bedeutende Aufgabe für die Gesamtwirtschaft. In diesem Zusammenhang hob er den besonderen Stellenwert der Hinterlandanbindung zur Sicherung der Mobilität hervor. Gleichzeitig wies er auf die



Diskutierten die Perspektiven der Maritimen Wirtschaft in Niedersachsen: (v.l.n.r.) Paul Bloem, Personalvorstand Meyer-Werft, Kapitän Alfred Hartmann, Bundesminister Wolfgang Tiefensee, SPD-Landesvorsitzender Garrelt Duin, Margit Wetzel (MdB), und Karl-Heinz Bisold, ver.di

notwendige Balance zwischen Ökonomie, Umweltschutz und Lebensqualität hin.

In einer angeregten Diskussion mit Vertretern aus Gewerkschaften, Werften und Reedereien wurde auf die Notwendigkeit einer gezielten Ausbildungsförderung im maritimen Bereich hingewiesen. Es müsse mehr ausgebildet werden, um dem zunehmenden Bedarf gerecht zu werden, so ihre Forderung. Ebenso befürworteten die Beteiligten, durch Wirtschaftsbündelung das Know-how in der Region zu halten, um regionale Stärken voranzutreiben.

Aber es sei auch wichtig »in Europa zu harmonisieren und für den Ausbau der Verkehrswege zu sorgen«, so Tiefensee.

In seinem abschließenden Beitrag forderte Duin, Niedersachsen als Wirtschaftsstandort zu sichern und hob die Bedeutung der Maritimen Wirtschaft für sein Bundesland hervor. Als besonderen Dank für die Teilnahme Tiefensees an diesem wirtschaftspolitischen Forum überreichte ihm Duin eine Seemannsglocke als wegweisendes Signal für die Zukunft der Maritimen Wirtschaft. ■

94 % FÜR SIGMAR GABRIEL IN BRAUNSCHWEIG



Ein hochprozentiges Geschenk überreichte Sigmar Gabriel (rechts) dem Gastredner Klaus Wowereit (Mitte) auf dem Parteitag

des Bezirks Braunschweig. Für Gabriel selbst gab es Hochprozentiges in anderer Form – der Parteitag bestätigte ihn erneut

mit 94 % der Stimmen im Amt des Bezirksvorsitzenden. Neu im Amt sind seine Stellvertreter Eva Schlaugat und Detlef Tanke. Matthias Wehrmeyer wurde als Schatzmeister wiedergewählt. Generalsekretär Hubertus Heil (links) ehrte die Ortsvereine Heeseberg und Bad Harzburg für ihre großen Erfolge bei der Mitgliederwerbung.

Der Bezirk Braunschweig wird in den Großstädten Braunschweig und Wolfsburg seine Mitgliederwerbekampagne weiter intensivieren. Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Sozial- und Umweltpolitik und hier insbesondere die Situation beim Schacht Asse II.

Die Dokumentation des Parteitages und aller Beschlüsse sind im Internet unter www.spd-bezirk-braunschweig.de zu finden. ■

VORWÄRTS RÄTSEL

Die Patentschrift des Kaiserlichen Patentamtes mit der Nummer 45048 ist am 4. November 1887 für »Verfahren und Apparat für das Registrieren und Wiederhervorbringen von Tönen« ausgestellt. Die Urkunde zeigt eine Konstruktionszeichnung für ein Gerät, das bis heute in vergleichbarer Form in Gebrauch ist. Mit diesem Apparat hat der Erfinder die Nase vorn, denn Amerikas Erfinder-Legende Thomas Alva Edison hatte auf Klangwalzen gesetzt, die ebenfalls bis heute in Gebrauch sind, allerdings in völlig anderen Geräten. Beiden gemeinsam ist die Speicherung und Erzeugung von Tönen.

Die Schallplatte und der dazugehörige Plattenspieler sind die Erfindung eines Autodidakten, der am 20. Mai 1851 in Hannover geboren wurde. Nach dem Besuch der Samsonschule in Wolfenbüttel und einer anschließenden kaufmännischen Lehre wandert der junge Mann 1870 in die USA. aus, wo er sich als Verkäufer, Buchhalter und Laboratoriumsgehilfe durchschlägt.

Bereits 1877 gelingt ihm eine Erfindung, die zur Voraussetzung für die Telefonie wird: Das Mikrofon, das akustische in elektronische Schwingungen verwandelt. Am 16. Mai 1887 stellt er in Washington D.C. jenes Grammophon vor, das später in Berlin patentiert wird. Wie heißt der Mann, der bewiesen hat, dass die tönende Welt eine Scheibe ist? Zu gewinnen gibt es eine solche klingende Scheibe. ■ lopo

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Lösung aus vorwärts 4/2007
Der gesuchte Vordenker der SPD ist Egon Bahr. Ein Bahr-Buch geht an Adolf Stack in Schneverdingen.

MONIKA GRIEFAHNS KULTURTIPP

Für all jene, die ihre Neugier auf kulturelles Leben mit einem erholsamen Ausflug verbinden wollen, empfehle ich die Kunststätte Bossard zwischen Jesteburg und Lüllau im Landkreis Harburg. Auf einem circa drei Hektar großen Heidegrundstück, mitten im Wald gelegen, haben der Künstler Johann Michael Bossard und seine Frau Jutta Bossard-Krull – eine ehemalige Schülerin von ihm – ihr Wohn- und Atelierhaus mit solcher Hingabe gestaltet, dass es zum Gesamtkunstwerk wurde. Damit dürfte für die beiden ein Lebensraum in Erfüllung gegangen sein, von dem wir heute profitieren. Architektur, Bildhauerei, Malerei, Kunstgewerbe und Gartenkunst, kaum ein künstlerisches Betätigungsfeld haben die beiden ausgelassen. Sie arbeiteten bis zum Tode Johann Michael Bossards 1950 unermüdlich an diesem Werk, und seine Frau schaffte es, das Anwesen und das Andenken zu bewahren und vor ihrem eigenen Tod 1996 in eine Stiftung zu überführen. Das Künstlerpaar hat weit mehr als 5000 Kunstwerke geschaffen und dabei verschiedene Stile aufgegriffen, die insbesondere die ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts geprägt haben. Vor allem ist



aber der Expressionismus vertreten, wie beim 1926 erbauten Kunsttempel.

Ich mag an der Kunststätte Bossard, dass sie so ruhig liegt und man an den Wochenenden im Hofcafé ganz gemütlich und fernab vom Polittrubel selbstgebackenen Kuchen verspeisen kann, dass aber trotzdem viel in Bewegung ist. Das liegt am vielfältigen Veranstaltungsprogramm mit Sonderausstellungen, Vorträgen, Lesungen oder Aktionen für Kinder. Wer will, kann auch selbst kreativ sein und zum Beispiel – mit Hilfe fachlicher Anleitung – malen. Übrigens: Es ist auch möglich, in der Kunststätte Bossard zu heiraten. ■

Über 5000 Kunstwerke bilden das Gesamtkunstwerk Bossard. Weitere Informationen gibt es direkt bei der Kunststätte Bossard
Bossardweg 95
21266 Jesteburg
Telefon 04183.5112
Im Internet unter www.bossard.de befindet sich der gesamte Veranstaltungskalender.

ROT, LECKER UND GUT

GABRIELE ANDRETTAS GÖTTINGER GELEHRTEN-CHILI

Zwei feingehackte Zwiebeln und etwas später gehackten Knoblauch nach Gusto in drei Esslöffeln Öl andünsten. Die Temperatur erhöhen und 500 Gramm Mett hinzufügen. Braten bis es nicht mehr rosig ist. Eineinhalb Esslöffel Chilipulver, zwei Teelöffel süßer Paprika, zwei Esslöffel Kreuzkümmel, je zwei Esslöffel Ketschup und Tomatenmark, eine kleine Dose Tomaten und eine kleine Flasche Bier zugeben. Im offenen Topf etwa eine Stunde lang köcheln lassen. Danach Salz und braunen Zucker hinzugeben und eine weitere Stunde lang unter gelegentlichem Umrühren ziehen lassen. Abschmecken und mit Reis servieren.

PROTEST GEGEN OETTINGER

Rund 40 Menschen versammelten sich am 17. April spontan auf dem Friedhof Brockeswalde in Cuxhaven, um gegen die Geschichtsfälschungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger zu protestieren.

In der niedersächsischen Hafenstadt hatte Hans Filbinger 1943 seine »Karriere« als Marinerichter begonnen. Andere schreckliche Juristen haben Filbingers Werk bis zum Schluss fortgeführt.

Eines der letzten Opfer war der Karlsruher Georg Braun, der am 21. April 1945 hingerichtet wurde, weil er mit anderen Soldaten Helgoland kampfflos den Engländern übergeben wollte. ■ *hjk*

JÜTTNER WÜRDIGT DENIA

Siegfried Sauer ist neuer ver.di-Landesleiter

Von Lothar Pollähne

In Zeiten großer Koalitionen ist es nicht unbedingt selbstverständlich, dass ein führender Sozialdemokrat als Redner zu einer gewerkschaftlichen Veranstaltung eingeladen und mit Beifall bedacht wird. Wolfgang Jüttner durfte sich freuen: Anlässlich der Wahl des neuen ver.di-Landesleiters Siegfried Sauer und der Verabschiedung von dessen Vorgänger Wolfgang Denia, legte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion am 20. April ein deutliches Bekenntnis für einen gesetzlich festzulegenden Mindestlohn ab. Das kam glaubwürdig rüber und es kam an.

Mit gewissem Schmunzeln wies Wolfgang Jüttner auf Wolfgang Denias kurze sozialdemokratische Karriere hin: Als Beisitzer bei der AfA. Ob diese Tätigkeit Denias Verdienste für das Zustandekommen von ver.di beflügelt haben könnte, ließ Jüttner offen. Die Arbeit in und für ver.di allerdings schätzt Wolfgang Jüttner so sehr, dass er sich für die Verleihung des Niedersächsischen Verdienstordens an Denia stark gemacht hat.



Der Vorgang liegt zur Zeit in der Staatskanzlei, und da kann er im Gegensatz zu vielen anderen Dingen ruhig bis ins kommende Jahr hinein liegen bleiben. Die Verleihung des Ordens möchte Wolfgang Jüttner selbst vornehmen: Als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. ■

Der neue neben dem alten ver.di-Landeschef und der nächste Ministerpräsident: Siegfried Sauer, Wolfgang Denia, Wolfgang Jüttner.

Photo: lopo

SCHWULE UND LESBEN IN DER SPD

Mitte April hat sich in Hannover der Landesverband Niedersachsen der Schwulen und Lesben in der SPD (SCHWUSOS) gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender aus der SPD an. Er setzt sich für ein unverkrampftes, tolerantes Verhältnis zwischen hetero- und homosexuellen Menschen in der SPD und in der gesamten Gesellschaft ein.

»Gleichberechtigung und Toleranz bleiben trotz aller Fortschritte wichtige Ziele«, betont Doris Ahlers aus Hannover, eine der zwei Vorsitzenden des Landesverbandes. »Eine Gesellschaft verarmt, wenn sie Menschen ausgrenzt«, hebt Bodo Böke aus Osnabrück hervor, zweite Hälfte der Vorstands-Doppelspitze. ■